

„Ein dreistes Schurkenstück“

Mit harschen Worten kritisiert eine Bürgerinitiative die Bilanz von SPD und Grünen in Homberg

Die in der vergangenen Woche vorgelegte Bilanz von SPD und Grünen im Bezirk Homberg hat jetzt auch die Bürgerinitiative „Die Hornitexter“ auf den Plan gerufen. Deren Vorsitzender Jürgen Hagenguth wählt drastische Worte, spricht bei der Gewerbeansiedlung an der Rheindeichstraße von einem „dreisten Schurkenstück“. Auf dem Areal des ehemaligen Spanplattenwerks würden 2,8 Hektar Landschaftsschutzgebiet

zugunsten der Ausweitung eines Logistikzentrums vernichtet. „Das Naherholungsgebiet zwischen Uetelsheimer See und Rheinaue steht damit auf dem Spiel. Zuvor versprochene zahlreiche Arbeitsplätze lösen sich förmlich in Luft auf.“

Bürgerprotest führte zum Einlenken

Über das Homberger Schwimmbad schreibt Jürgen Hagenguth, dass es die SPD war, die einst keine Chance

für den Erhalt gesehen hatte. Erst durch massiven Bürgerprotest habe man eingelenkt, um nicht ganz und gar in der Wählergunst abzurutschen. „Das Hallenbad wird nun im Bestand von der Kommune weiterhin finanziert, aber von einem Verein betrieben. Diese Privatisierung hat zur Folge: 108 Euro pro Jahr pro Person plus Aufnahmegebühr 30 Euro. Paare zahlen 159 Euro pro Jahr, Kinder 96 Euro. Die Freibad-

nutzung kostet extra. Für Familien ist diese Regelung in höchstem Maße unsozial.“ Deshalb sei es geradezu unverständlich, dass nach langer Lethargie beim Erhalt des Bades nun so getan würde, als ob längst fällige Sanierungen Errungenschaften der SPD- und Grünen-Politik wären. „Als Planungsruine gilt heute immer noch der Sauna- und Gastronomiebereich der Badeanlage.“

Diese Politik, so lässt die Bürger-

initiative weiter verlauten, gelte auch für den Erhalt der denkmalgeschützten Brücke am Rheinpreußenhafen. Auch dieses Bauwerk im Besitz von zwei Unternehmen sollte abgerissen werden und wurde nicht durch SPD/Grüne, sondern durch eine umfangreiche Unterschriftensammlung und Bürgerprotest gerettet. „Man sieht, wenn Bürger sich für eine Sache engagieren, gerät die Politik unter Handlungsdruck.“